

Niederschrift zur 15. Sitzung des Beirates am Donnerstag, dem 13. September 2012 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 22.10 Uhr

Vorsitzende: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Jantz

Tagesordnung:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschriften der 13. Sitzung am 14.06.2012 und der 14. Sitzung am 10.07.2012
3. Errichtung eines Hospiz im Haus Hügel
4. Bau eines Kundencenters der BSAG am Bahnhofsvorplatz
5. Situation arabischer Großfamilien in Bremen
- hier: Ortsteil Grohn -
6. Umsetzung des Hammerkrans ehem. Bremer Vulkan
7. Entscheidung über den Standort für die Skulpturen Herakles und Zeus
8. Anträge und Anfragen der Parteien
9. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
10. Mitteilungen der Beiratssprecherin
11. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder:

Beringer, Volker
Buchholz, Rainer
Degenhard, Cord
Frenzel, Greta
Keßenich, Gundram
Kiener, Günter
Kurt, Sabri,
Pörschke, Thomas
Riebau, Joachim
Sonnekalb, Ralf
Spiegelhalter-Jürgens, Iris
Sprehe, Heike
Sulimma, Wilfried
Tienken, Volker
Wemken, Manfred

Nicht teilgenommen:

Jäckel, Gabriele
Scharf, Detlef

Sonstige Teilnehmer:

Herr Blome (Bremer Straßenbahn AG)
Frau Genz (Senator für Inneres und Sport)
Herr Hellpap (Senator für Justiz)
Herr Schubert (Johanniter Seniorenhäuser GmbH)
Herr Weber (Johanniter Seniorenhäuser GmbH)
Frau Weingarten (Bremer Straßenbahn AG)

Der Vorsitzende eröffnet die 15. Sitzung des Beirates Vegesack. Die Einladung ist den Beiratsmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen. Die Tagesordnung wird wie vorliegend angenommen.

Tagesordnungspunkt 1

Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Es liegt ein per E-Mail eingegangener Bürgerantrag (siehe Anlage, Nr. 1) vor, der von dem Vorsitzenden vorgestellt wird.

Der Beirat Vegesack nimmt den Antrag auf, so dass der Sprecher- und Koordinierungsausschuss das weitere Verfahren abstimmen wird.

Herr Gey teilt mit, dass es zukünftig jeden 1. Sonntag im Monat im Medienzentrum Bremen-Nord Kinovorführungen geben wird. Jeweils um 15.00 Uhr wird es eine Kindervorführung (Eintritt 2,- Euro) und um 18.00 Uhr eine Vorführung für Erwachsene (Eintritt 3,- Euro) geben. Die 1. Vorführungen werden am 7. Oktober 2012 stattfinden.

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung der Niederschriften der 13. Sitzung am 14.06.2012 und der 14. Sitzung am 10.07.2012

Die Niederschriften zur 13. Sitzung am 14. Juni 2012 und zur 14. Sitzung am 10. Juli 2012 werden wie vorliegend genehmigt.

Tagesordnungspunkt 3

Errichtung eines Hospiz im Haus Hügel

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein und erinnert an die einstimmige Beschlussfassung des Beirates für die Errichtung eines Hospizes aus der vergangenen Beiratssitzung.

Herr Weber (ehem. Pastor) ist von den Johannitern beauftragt worden, die Schaffung eines Hospizes zu begleiten. Herr Schubert ist zuständiger Prokurist der Johanniter.

Herr Weber berichtet, dass Gespräche mit der bremischen evangelischen Kirche geführt wurden. Die Kirche unterstützt die Schaffung des Hospizes und wird das Grundstück veräußern. Auch die Kirchengemeinde vor Ort unterstützt die Unternehmung.

Eine Prüfung der bestehenden Bausubstanz des Hauses Hügel hat ergeben, dass eine Sanierung und ein Umbau des Hauses in ein Hospiz nicht möglich ist. Ein Neubau ist zu errichten. Dies ist bereits mit der evangelischen Kirche abgestimmt worden.

Herr Schubert stellt den aktuellen Planungsstand inkl. der Erschließung dar. Es ist die Errichtung eines eingeschossigen Baus mit Pultdach und mit großflächigen Fenstern. Der bestehende Baumbestand soll weitestgehend erhalten bleiben.

Herr Schubert stellt die einzelne Raumaufteilung vor, geplant sind acht Gästezimmer mit eigenen Terrassen und zwei Zimmer für Angehörige. Des Weiteren werden beispielsweise Rückzugsmöglichkeiten, eine Gemeinschaftsküche und Räume für die Verwaltung vorgesehen.

Frau Sprehe freut sich sehr über die Errichtung des Hospizes in Schönebeck und begrüßt die vorgestellte Planung. Sie bedauert, dass das Haus Hügel nicht erhalten bleiben kann. Markante Dinge des Hauses Hügel sollten allerdings erhalten und in den Neubau integriert bzw. einer weiteren Verwendung zugeführt werden.
Frau Sprehe fragt nach der Zusammenarbeit mit der Kirche vor Ort.

Herr Weber teilt mit, dass die Johanniter und die Kirche eine kooperative Zusammenarbeit vereinbart haben. Die Johanniter werden die Außenanlage der Kirche mit pflegen. Die Johanniter werden die Kirche für Zusammenkünfte und Gottesdienste nutzen. Helfer und Unterstützer der Kirche dürfen in die Arbeit des Hospizes einbezogen werden. Auch ist die Zusammenarbeit mit dem ambulanten Hospizverein gewährleistet.

Herr Schubert merkt an, dass den Johannitern die Vernetzung im Stadtteil wichtig ist.

Herr Weber merkt an, dass für Anfang Oktober eine Informationsveranstaltung für die Anwohner und Nachbarn des Hauses Hügel vorgesehen ist, zu der in Kürze eingeladen wird.

Herr Buchholz zeigt sich froh über den Fortschritt der Planungen, die einen zweckmäßigen Eindruck machen. Die Gäste des Hospizes werden sich nach seiner Einschätzung wohlfühlen können. Er begrüßt, dass die Verwendung und Verwertung der bestehenden Antiquariate geplant ist.

Herr Degenhard fragt, wer Gast des Hospizes wird und wer die Kosten trägt.

Herr Weber führt aus, dass nur Menschen aufgenommen werden, bei denen keine Chance auf Heilung besteht und die Lebensdauer sehr gering ist. Die Möglichkeiten für eine ambulante Betreuung müssen ausgeschlossen werden.

Herr Schubert teilt mit, dass 90 Prozent der Kosten (Tagessatz i.H.v. ca. 200,- bis 300,- Euro) von den Versicherungen übernommen werden, die restlichen 10 Prozent sind über Spenden zu finanzieren.
Die durchschnittliche Verweildauer beträgt 16 Tage.

Auf die Nachfrage von Herrn Kiener teilt Herr Schubert mit, dass ein Lichtband für das Pultdach geplant ist, so dass ausreichend Tageslicht in die Räume fließen kann.

Frau Sprehe fragt, ob die Stiftung lediglich den Bau des Hospizes finanziert oder auch den Betrieb und wie viele Menschen im Hospiz beschäftigt werden. Sie meint, dass der Name der Stifterin und der Name „Haus Hügel“ für den zukünftigen Schriftzug des Hospizes verwendet werden sollten.

Herr Weber erklärt dass die Erblasserin ihr Vermögen zur Schaffung eines Hospizes bestimmt hat. Auch zukünftig wird die Stiftung voraussichtlich den Hospizbetrieb unterstützen.

Herr Schubert führt aus, dass ca. 15 Vollzeitstellen geschaffen werden. Es ist auch Wunsch der Johanniter den Schriftzug entsprechend zu gestalten.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Beirat die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis nimmt. Es besteht ein Bedarf in Bremen-Nord nach Hospizplätzen.

Er bittet die Johanniter das Ortsamt und Beirat Vegesack im weiteren Verlauf entsprechend zu informieren und zu beteiligen. So wird z.B. der Bauantrag vom Beirat Vegesack bzw. seinem Fachausschuss beraten werden.

Tagesordnungspunkt 4

Bau eines Kundencenters der BSAG am Bahnhofsvorplatz

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein. Am 10. Mai 2011 wurden die Entwürfe erstmalig dem Beirat präsentiert. Am 30. Juli wurde dem Ferienausschuss des Beirates die Möglichkeiten einer weiteren Realisierung vorgestellt.

Herr Blome stellt kurz die aktuelle Situation auf dem Bahnhofsvorplatz da. Der Neubau wird in Stahlmodulbauweise geplant. Das Kundencenter in Wellenoptik soll an dem Platz des bestehenden Kartenverkaufshäuschens aufgestellt werden.

Im hinteren Bereich des Gebäudes wird eine Behindertentoilette eingerichtet. Die Öffnung erfolgt über einen Summer und wird videoüberwacht. Nutzer müssen sich im Kundenraum melden.

Frau Sprehe findet, dass der Bau etwas Markantes haben sollte. Sie begrüßt, dass der Wunsch des Beirates nach einem Behinderten-WC aufgegriffen wurde.

Herr Kiener schließt sich den Ausführungen von Frau Sprehe an und fragt, ob für die Außenfassade ein reinigungsfreundliches Material verwendet wird. Dieses wird von Herrn Blome bestätigt.

Herr Buchholz bezeichnet die vorgestellte Variante als gelungenen Blickfang.

Herr Beringer geht auf die Ausrichtung des geplanten Neubaus auf dem Bahnhofsvorplatz ein und fragt nach dem Namen für das neue Gebäude.

Herr Blome erläutert, dass das Gebäude bis zu ca. 7 Meter hoch sein und BSAG-Kundencenter Bremen-Nord heißen wird.

Auf die Nachfrage von Frau Sprehe hinsichtlich der geplanten Beleuchtung teilt Herr Blome mit, dass voraussichtlich beispielsweise die S-Linie beleuchtet sein wird. Das Gebäude wird auch nachts beleuchtet sein.

Frau Weingarten gibt auf die Nachfrage von Frau Spiegelhalter-Jürgens an, dass die bestehenden Öffnungszeiten nicht reduziert werden.

Die von Herrn Kurt angeregte Information der Bevölkerung wird durch die Vorstellung der Planung im Beirat und die Presseberichterstattung gesichert. Zudem wird das BSAG-Fahrjournal Nord berichten.

Der Vorsitzende erfragt die zeitliche Perspektive.

Der Bau soll voraussichtlich bis zum Frühsommer 2013 fertiggestellt werden. Der Bauantrag wurde bereits gestellt.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack stimmt dem von der BSAG geplanten Neubau eines Kundencenters mit Personalunterkunft auf dem Bahnhofsvorplatz in der vorgestellten Variante 1 zu.

Ergebnis:

Der Beschluss wird bei einer Enthaltung einstimmig gefasst.

Ein Bürger beklagt die mangelnde Sauberkeit des Unterstandes auf dem Bahnhofsvorplatz. Er kritisiert, dass die Bänke vor dem Gustav-Heinemann-Bürgerhaus nicht repariert wurden.

Die Sitzung wird von 19.40 bis 19.50 Uhr unterbrochen.

Tagesordnungspunkt 5 **Situation arabischer Großfamilien in Bremen** **- hier: Ortsteil Grohn -**

Der Vorsitzende führt in die Thematik, die seit Jahren im Fokus der Öffentlichkeit, des Ortsamtes und des Beirates steht, ein.
Es wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die durch die verschiedenen Ressorts hochrangig besetzt wird.

Frau Genz führt aus, dass ca. 2.600 kurdisch-libanesischen Menschen in Bremen wohnen. Die Polizei Bremen hat festgestellt, dass diese Gruppe vermehrt Straftaten begeht, so dass die Polizei den Senator für Inneres gebeten hat, aktiv zu werden.
Das Innenressort hat sich die Familien angeguckt und Auffälligkeiten, auch in Bezug auf die Bereiche Soziales und Schule, ermittelt.

Im Bereich der Schule zeigt sich die Bevölkerungsgruppe nicht auffälliger als andere Gruppen. Schulische Defizite und häufige Schulwechsel (nicht repräsentativ) sind allerdings zu verzeichnen. Die Grundschulen geben im Grundtenor schlechte Prognosen für die Jungen ab. Die Sekundarschulen weisen auf die Schulabstizienz einzelner und die Autoritätsprobleme gegenüber Lehrern hin.

Die Kindertagesstätten bescheinigen der Bevölkerungsgruppe eine hohe Beteiligung an Projekten. Beim Übergang in die Schule erfolgt allerdings ein Bruch.
Hilfen zur Erziehung und niedrigschwellige Angebote würden angenommen werden.
Die Bevölkerungsgruppe zeigt sich unauffällig im Bereich der sozialen Dienste. Strukturen erkennt das Amt nicht. Eine kriminelle Karriere kann nicht grundsätzlich angenommen werden.
Es wurden die einzelnen Stadtteile, in denen die kurdisch-libanesischen Menschen leben, abgefragt. So gibt es beispielsweise eine Konzentration in Grohn.
Hier werden sozial Integrationsprobleme verzeichnet. Innerhalb der Familien gibt es Gewaltstrukturen. Die kurdisch-libanesischen Gruppe dominieren die Bewohner in der Grohner Düne. Von ihnen wird eine Angstkulisse aufgebaut.

Insgesamt hat sich die Arbeitsgruppe 50 Familien angeschaut. Im Jahr 2010 haben 328 Tatverdächtige 648 Straftaten begangen. 139 Verurteilungen wurden ausgesprochen. Die Zahlen dokumentieren einen Rückgang an Fallzahlen im Vergleich zum Jahr 2006.

Die Polizei hat festgestellt, dass sie die Gruppe durch polizeiliche Maßnahmen erreichen konnte, auch wenn sie im Vergleich zu anderen Gruppen vermehrt Straftaten begeht. Die Polizei fordert integrierende Maßnahmen.

Die Arbeitsgruppe schließt sich dieser Forderung an. Sie ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die Kriminalität eine Folge der Integrationsprobleme ist.

Maßnahmen, die bereits existieren, sind beispielsweise Spielkreise, Mütterzentren, die Schulung von rechtskonformen Verhalten und das Handlungskonzept „Stopp der Jugendgewalt“.

Die Jugendgerichtshilfe engagiert sich und es gibt eine Kooperation zwischen der Staatsanwaltschaft und der Polizei. Die Justizvollzugsanstalt geht mit „Nulltoleranz“ vor.

Erklärtes Ziel der AG ist es, die Situation der Gruppe zu verbessern und Kriminalität zu verhindern, so sollen z.B. Schulabschlüsse gefördert werden.
Die Probleme müssen lokal angefasst und die Angebote besser vernetzt werden.

Ein Koordinator soll vor Ort eingesetzt werden. Die Vernetzung wird damit generell und im Einzelfall verbessert, außerdem sollen Handlungsvorschläge zum Umgang mit der Gruppe erarbeitet werden. Die Arbeit des Koordinators soll durch einen Kulturmittler unterstützt werden. Das Projekt ist auf die Dauer von 2 Jahren ausgerichtet. Es wird wissenschaftlich begleitet, so dass die Ergebnisse evaluiert werden.

Herr Degenhard meint, dass unterschieden werden sollte zwischen präventiv wirkenden Maßnahmen für Kinder und Jugendliche und Maßnahmen für straffällig gewordene. Er geht auf negative Kriminalitätsstatistiken ein und zitiert diverse Zeitungsberichte. Herr Degenhard kritisiert die Justiz, die härter agieren sollte. Er glaubt, dass die Justiz Angst vor den Straftätern hat.

Herr Hellpap erklärt, dass alle Menschen vor dem Gericht gleich sind, bewertet wird die individuelle Schuld.
Durch die Analyse der 50 Familien konnten deutlich fundiertere Ergebnisse erzielt werden, als die aus der Presse zitierten Angaben.
Die Justizvollzugsanstalt stellt sicher, dass die Gruppenmitglieder getrennt untergebracht werden.

Herr Pörschke weist darauf hin, dass es mittlerweile eine Vielzahl an Integrationsangeboten gibt. Diese existierten noch nicht, als die ersten Familien als Kriegsflüchtlinge nach Deutschland kamen. Dies ist eine Ursache für die bestehenden Probleme. Außerdem bestrafen die Gerichte die Straftaten zu spät.
Frau Genz bestätigt, dass die meisten Mitglieder die deutsche Staatsbürgerschaft haben.

Herr Buchholz erwartet, dass dem Beirat im Vorfeld zur Sitzung das Zahlenmaterial zur Verfügung gestellt wird, nur so könnten während der Sitzung Lösungen erarbeitet werden. Die Analyse und die Zielstellungen mit Fakten müssten vernünftig präsentiert werden, nicht in Form eines Referates.
Herr Buchholz geht auf die bestehende Forderung des Beirates für einen Rückbau der Grohner ein. Damit die Hilfen greifen könnten, müssen die baulichen Dinge in Angriff genommen werden.
Herr Buchholz erkundigt sich nach dem Sachstand zu der vom Innensenator 2008 angekündigten Absicht mit „Nulltoleranz“ gegen die Straftäter vorgehen zu wollen.

Frau Genz merkt an, dass diese Ankündigung Ausgangspunkt für die dargestellten Überlegungen war. Die Befassung des Beirates soll der frühzeitigen Information dienen.

Frau Sprehe gibt zu bedenken, dass die bauliche Substanz der Grohner Düne mittelfristig nicht verändert werden könnte, da sie sich im privaten Besitz befindet.
Sie erachtet den von Frau Genz vorstellten Ansatzes, einen Koordinator und einen Kulturmittler einzustellen, als sinnvoll.

Frau Genz erläutert, dass der Koordinator voraussichtlich beim Ortsamt angebunden wird. Das Projekt wird voraussichtlich Anfang 2013 beginnen.

Herr Degenhard macht deutlich, dass nach seiner Einschätzung Clanstrukturen vorhanden sind. Er beantragt, dass der Beirat seinen Beschluss für einen Rückbau der Grohner Düne bekräftigt und der Senat aufgefordert wird, alles in seiner Macht stehende zu unternehmen, um eine Entflechtung und Dezentralisierung zu erreichen.

Auf die Bitte von Herrn Buchholz beschreibt Frau Genz das Anforderungsprofil des Koordinators. Die Ausschreibung erfolgt intern im Konzern Bremen.

Herr Hellpap merkt an, dass die Justiz keine Angst vor den Angeklagten hat und teilt mit, dass der von Herrn Degenhard angeführte und aus der Zeitung zitierte Fall offensichtlich falsch dargestellt wurde. Eine Verurteilung, die vom Bundesgerichtshof bestätigt wurde, ist erfolgt.

Herr Kurt zeigt sich enttäuscht über die Informationsstand der Behörden. Er erklärt, dass es keine kurdisch-libanesischen Menschen gibt. Herr Kurt weist daraufhin, dass die integrierten Menschen, die in Grohner Düne leben, durch die pauschalen Anschuldigungen stigmatisiert werden.

Auf die Frage von Herrn Beringer führt Frau Genz aus, dass die Integrationsmaßnahmen vielschichtig sind. Der Wille zur Integration ist grundsätzlich gegeben.

Herr Timke (Bürgerschaftsabgeordneter) gibt an, Aufklärung in der Sache geben zu können. Er findet den Umgang mit dem Thema fahrlässig, keiner der Anwesenden sei richtig vorbereitet. Er geht auf die aus seiner Sicht bestehenden Clanstrukturen und die Verteilung der Straftaten auf die Geschlechter ein.

Eine Bürgerin (siehe Anlage, Nr. 2) wünscht sich, dass der Koordinator auch als Aufklärer für die Eltern auftritt und sie beispielsweise auf die Wichtigkeit von Bildung hinweist.

Der Vorsitzende hält fest, dass der Prozess kommunalpolitisch zu begleiten ist. Mit der Beratung findet eine frühzeitige Information zu den Planungen der senatorischen Behörden statt.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung für eine Beratung des Antrages von Herrn Degenhard in den Fraktionen von 21.00 bis 21.10 Uhr.

Frau Sprehe beantragt die abschnittsweise Abstimmung.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack bekräftigt seine Beschlussfassung für einen Rückbau der Grohner Düne.

Ergebnis:

Der Beschluss wird bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung gefasst.

Beschlussvorschlag:

Der Beirat Vegesack fordert den Senat auf, alle erdenklichen Schritte in Erwägung zu ziehen, um eine Entflechtung und Dezentralisierung für die Bewohner der Grohner Düne zu erreichen, u.a. auch den Rückkauf der Grohner Düne.

Ergebnis:

5 Beiratsmitglieder sprechen sich für den Beschlussvorschlag aus, 10 lehnen ihn ab, damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Vorsitzende dankt Frau Genz und Herrn Hellpap für ihre Ausführungen.

Tagesordnungspunkt 6

Umsetzung des Hammerkrans ehem. Bremer Vulkan

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein. Weltweit gibt es 15 Exemplare, davon 3 in Europa (2 in Schottland, 1 in England).

Die Firma Lürssen gibt den Hammerkran der ehem. Werft Bremer Vulkan auf, so dass das Landesamt für Denkmalpflege ein Verfahren zur Unterschutzstellung des Krans betreibt. Der Ferienausschuss des Beirates hat bereits den Beschluss zum Erhalt des Krans als Industriedenkmal gefasst. Nach Klärung der Fragestellungen hinsichtlich der Finanzierung für die Umsetzung und der Herstellung des Fundaments hat die abschließende Beschlussfassung durch den Beirat zu erfolgen.

Frau Sprehe spricht sich für den Erhalt des Hammerkrans als Industriedenkmal aus. Er ist ein wichtiges Element des Panoramas Vegesacks. Durch den Bremer Vulkan ist er eng mit der Geschichte Vegesacks verbunden.

Eine kostengünstige Lösung für die Umsetzung des Krans auf das Gelände des Schaufensters Bootsbau ist zu finden. Die Kosten sind vom Wirtschaftssenator zu tragen, soweit sie nicht aus Privatvermögen beglichen werden.

Herr Buchholz zeigt sich verwundert darüber, dass der Beirat nicht schon früher mit der Thematik befasst wurde.

Er merkt an, dass die Tragkraft des Krans zu gering für die Firma Lürssen ist. Zudem läuft die Betriebserlaubnis zum Jahresende aus. Auch Herr Buchholz spricht sich für eine Verortung auf dem Gelände des Schaufensters Bootsbau neben der Koggenhalle aus. Er regt an, den Kran als Aussichtsplattform zu nutzen und fragt nach der Finanzierung der Umsetzung.

Frau Frenzel spricht sich für die CDU-Beiratsfraktion ebenfalls für den Erhalt des Hammerkrans als Denkmal aus. Sie bittet darauf zu achten, dass der Kran die weitere Verwendung des Geländes des Schaufensters Bootsbau nicht beeinträchtigt. Evtl. könnte ein Alternativstandort neben dem Schlepper Regina gefunden werden.

Ein Bürger (siehe Anlage, Nr. 3) kritisiert die vorgeschlagene neue Verortung des Krans. Der Kran würde die Aussicht von seinem Grundstück auf die Weser und den Stadtgarten behindern. Es sollte ein Standort gefunden werden, der geeigneter sei.

Frau Sprehe bezweifelt, dass die Sicht eingeschränkt wird. Die jeweiligen Interessen müssten gegeneinander abgewogen werden.

Herr Degenhard findet den Wortbeitrag plausibel und regt an, eine Lösung zu finden, die auch im Sinne der Anwohner ist.

Herr Kiener gibt zu, dass diese Problematik nicht bedacht wurde.

Frau Spiegelhalter-Jürgens schließt sich ihm an. Zudem erfragt sie die Kosten für die Umsetzung. Auch wenn sie den Erhalt des Krans grundsätzlich befürwortet, könnte eine abschließende Entscheidung erst getroffen werden, wenn alle Details bekannt sind.

Herr Wrieden gibt zu bedenken, ob der Kran nicht evtl. auf dem Werftgelände platziert werden kann.

Herr Pörschke stellt fest, dass sich der Beirat grundsätzlich für den Erhalt des Krans ausspricht. Geprüft werden sollte der konkrete Ort, die Statik, das Baurecht, die Finanzen. Die jetzigen Eigentümer sind zu beteiligen.

Herr Buchholz kann die Einwände der Bürger verstehen. Er spricht sich für einen Grundsatzbeschluss zum Erhalt des Krans aus. Die weiteren Dinge sollten zeitnah abgeprüft werden.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack fordert den Erhalt des Hammerkrans des ehem. Bremer Vulkans als Industriedenkmal. Mögliche Standorte sind in Hinblick auf die Faktoren Baurecht, Kosten und Sichtverbindung zu prüfen. Anschließend ist dem Beirat erneut zu berichten.

Ergebnis:

- einstimmig -

Tagesordnungspunkt 7

Entscheidung über den Standort für die Skulpturen Herakles und Zeus

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein. Der Beirat hat die Kompetenz über den Standort von Kunstwerken zu entscheiden. Die Anfrage zu den Skulpturen Herakles und Zeus wurde vom Kulturressort bearbeitet. Der Sprecher- und Koordinierungsausschuss hat sich den möglichen neuen Aufstellungsort während eines Ortstermins bereits angesehen.

Die Kosten für die Restaurierung i.H.v. 4.000,- Euro wurden vom Kulturressort getragen. Sollen die Figuren noch in diesem Jahr aufgestellt werden, ist die Finanzierung hierfür zu klären. Insgesamt würden Kosten i.H.v. ca. 4.000,- Euro anfallen. Der Vorsitzende teilt mit, dass sich der Stadtgarten- und Verschönerungsverein mit ca. 2.000,- Euro beteiligen würde und schlägt den Beiratsmitgliedern vor, sich ebenfalls mit Globalmitteln zu beteiligen.

Frau Sprehe findet den Platz im Rosarium des Stadtgartens gut gewählt und spricht sich für eine finanzielle Beteiligung bei der Aufstellung durch den Beirat aus.

Herr Buchholz mahnt die Einhaltung der Beiratsrechte an. Er hätte sich eine frühere Beteiligung gewünscht. Auch er befürwortet die Finanzierung aus Beiratsmitteln.

Herr Kurt schlägt vor, zu warten und die Aufstellung durch das Kulturressort finanzieren zu lassen.

Herr Tienken merkt an, dass die Figuren so ausgerichtet werden sollten, dass sie in Richtung Weser gucken.

1. Beschluss:

Das Skulpturenensemble Zeus und Herakles sollen im Stadtgarten Vegesack in den Beeten 2 und 3 des Rosariums aufgestellt werden.

Ergebnis:

- einstimmig -

2. Beschluss:

Der Beirat Vegesack finanziert die Aufstellung der Skulpturen Zeus und Herakles im Stadtgarten, im Rosarium anteilig mit bis zu 2.000 Euro.

Ergebnis:

Der Beschluss wird bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung gefasst.

Tagesordnungspunkt 8 Anträge und Anfragen der Parteien

Fristgerecht eingereichte Anträge liegen nicht vor. Es liegen zwei Dringlichkeitsanträge von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu den Asbestfunden in der Schule Am Wasser vor.

Der Vorsitzende berichtet vom Elternabend in der Schule. Dort wurde berichtet, dass der Unterricht ab dem 17. September 2012 wieder in der Schule durchgeführt werden kann. Allerdings kann sich in den Hohlräumen der abgehängten Decke Asbeststaub befinden, der evtl., würden die Deckenplatten angehoben, in die Räume fallen könnte.

In der Beratung des Beirates werden die Anträge zusammengefasst.

Der Beirat Vegesack stellt zunächst die Dringlichkeit fest.

Frau Sprehe und Herr Wemken verlesen ihre Anträge. Frau Sprehe regt zudem die Forderung an, die Deckenplatten abzukleben, um so auszuschließen, dass Asbeststaub freigesetzt werden kann.

Herr Degenhard meint, dass so lange noch Asbest vorhanden sei, kein Kind und kein Erwachsener die Schule betreten dürfte.

Herr Tienken regt an, um etwaige Ansprüche für die Geschädigten zu sichern, eine Liste mit allen Nutzern der Schule zusammenzustellen.

Frau Sprehe gibt zu bedenken, dass die Beiratsmitglieder keine Experten seien.

Herr Kiener teilt mit, dass Asbest überall sei, Schädigungen aber nicht zwingend vorgegeben seien.

Herr Buchholz stellt fest, dass die Sanierung für die Kinder und Eltern ein Kraftakt sei. Ergebnis der Anstrengungen muss sein, dass das Asbest vollständig entfernt wird.

Frau Spiegelhalter-Jürgens erklärt, dass die Schule nach und nach saniert wird.

Der Vorsitzende führt die Anträge inhaltlich zusammen.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack fordert die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit auf, über die Asbestfunde in der Schule Am Wasser transparent, sachgerecht und verständlich die betroffenen Eltern und die Öffentlichkeit sowie den Beirat zu informieren. In diesem Bericht soll insbesondere auch eine umfassende Darstellung der Asbestfunde und etwaiger anderer Schadstoffe der Grundschule Am Wasser enthalten sein.

Der Bericht soll ferner über den Sachstand zu den zwischenzeitlich ausgesprochenen und nachfolgend aufgeführten Zusagen informieren:

- Freimessung aller Räume der Schule unter verschärften Belastungsbedingungen mit Null-Toleranz
- Beendigung der Schülertransporte zu anderen Schulen nach zwei Wochen am 17. September 2012
- Zuverlässige Unterbringung aller Arbeiten oder gar Beschädigungen an Decken und Wänden, deren Fugen mit Asbest gelastet sind, bis zur Grundsanierung
- Zwischenzeitliche Kontrollmessungen in angemessenen Abständen

Dem Beirat sollen die jeweiligen Sanierungskonzepte und deren Umsetzung erläutert werden. Dem Beirat soll mitgeteilt werden, welche Arbeiten in der Grundschule Am Wasser durchgeführt wurden und noch durchgeführt werden.

Dem Beirat ist darzulegen, wie bei einem Verbleib von Schadstoffen im Gebäude eine Information der Betroffenen erfolgt und wie eine Gesundheitsgefährdung der Kinder und der Mitarbeiter/-innen ausgeschlossen werden kann. In diesem Zusammenhang fordert der Beirat, dass Klassenräume erst genutzt werden dürfen, wenn die Deckenhohlräume überprüft und ggf. saniert wurden. Wenn dies zeitnah nicht möglich ist, dann müssen alle Deckenflächen mit Folien staubdicht verklebt werden, wie es von dem Elternbeirat, den Lehrkräften und den pädagogischen Mitarbeiter/-innen gefordert wird.

Der Beirat fordert Auskunft, wann und wie neue Erkenntnisse, wie u.a. jetzt aus den Asbestfunden in der Schule Am Wasser, auch in anderen öffentlichen Gebäuden in Vegesack zur Aufklärung von Gefährdungen nachverfolgt werden.

Ergebnis:

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung gefasst.

Tagesordnungspunkt 9 Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Vertagt.

Tagesordnungspunkt 9 Mitteilungen der Beiratssprecherin

Vertagt.

Tagesordnungspunkt 10 Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Vertagt.

Die Sitzung wird um 22.10 Uhr geschlossen.

Dornstedt
Vorsitzender

Jantz
Schriftführerin

Sprehe
Beiratssprecherin